

Schlüsseldaten des Europarates

Quelle: CVCE. European Navigator.

Urheberrecht: (c) CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL: http://www.cvce.eu/obj/schlusseldaten_des_europarates-de-774f388f-1e86-4321-aa05-d05aa50c3882.html

Publication date: 08/07/2016



Schlüsseldaten des Europarates

7.-10. Mai 1948

Auf dem Europakongress in Den Haag wird die Einberufung einer europäischen Versammlung und die Gründung eines Gerichtshofes vorgeschlagen, der über den Respekt einer Menschenrechtscharta wachen soll.

18. August 1948

Der *Internationale Koordinierungsausschuss der Bewegungen für die Einheit Europa* legt in einem Memorandum an die Adresse der betroffenen Regierungen detaillierte Vorschläge für die Modalitäten der Einberufung dieser europäischen Versammlung vor.

26. Oktober 1948

Der Konsultativrat des Brüsseler Pakts richtet einen Studienausschuss, das *Comité d'études pour l'union européenne*, ein, der zwischen November 1948 und Januar 1949 in Paris tagt.

27.-28. Januar 1949

Die Außenminister der fünf Westmächte, die im Konsultativrat des Brüsseler Paktes tagen, einigen sich auf die Gründung eines Europarates, der aus einem „Ministerkomitee“ und einem „beratenden Organ“ besteht.

3.-5. Mai 1949

Die Konferenz zur Gründung eines Europarates findet im St. James's Palace in London statt und endet mit der Unterzeichnung der Satzung der Organisation am 5. Mai 1949 durch die zehn Gründerstaaten. Der Europarat erhält eine beratende Versammlung und ein Ministerkomitee, die von einem Sekretariat unterstützt werden.

3. August 1949

Inkrafttreten der Satzung des Europarates.

4. November 1950

Unterzeichnung der *Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten* in Rom. Die Konvention richtet einen Mechanismus zur Rechtskontrolle ein, der aus einer Menschenrechtskommission und einem Gerichtshof für Menschenrechte besteht.

3. September 1953

Inkrafttreten der Europäischen Menschenrechtskonvention.

13. September 1961

Gründung der *Europäischen Konferenz der Gemeinden*.

18. Oktober 1961

Unterzeichnung der *Europäischen Sozialcharta* in Turin. Sie tritt am 26. Februar 1966 in Kraft.

19. Februar 1975

Die *Konferenz der Gemeinden und Regionen Europas* tritt an die Stelle der Europäischen Konferenz der Gemeinden. Sie wird 1979 zur *Ständigen Konferenz der Gemeinden und Regionen Europas*.

15. Oktober 1985

Unterzeichnung der *Charta der kommunalen Selbstverwaltung*. Sie tritt am 9. Februar 1988 in Kraft.

26. November 1987

Unterzeichnung des *Europäischen Übereinkommens zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe*. Es tritt am 1. Februar 1989 in Kraft.

5. Mai 1989

Anlässlich des 40. Jahrestages der Gründung des Europarates verabschiedet das Ministerkomitee eine Erklärung, die den Beginn der Politik der Öffnung der Organisation nach Mittel- und Osteuropa markiert.

6. November 1990

Erste Erweiterung nach Osten mit dem Beitritt Ungarns.

9. Oktober 1993

Erster Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten des Europarates in Wien. Verabschiedung einer neuen Strategie auf Grundlage des Konzepts der demokratischen Sicherheit.

14. Januar 1994

Gründung des *Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas*. Mit seinen beiden Kammern tritt der Kongress an die Stelle der ständigen Konferenz.

11. Mai 1994

Unterzeichnung des Protokolls Nr. 11 zur Europäischen Menschenrechtskonvention, das den neuen einheitlichen Gerichtshof für Menschenrechte gründet.

1. Februar 1995

Unterzeichnung der *Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten*. Sie tritt am 1. Februar 1998 in Kraft.

10.-11. Oktober 1997

Zweiter Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten des Europarates in Straßburg. Ein Aktionsplan im Anhang an die Schlusserklärung definiert die wichtigsten Aufgaben der Organisation in der Zukunft, insbesondere im Hinblick auf den 50. Jahrestag der Organisation am 5. Mai 1999.

1. November 1998

Inkrafttreten des Protokolls Nr. 11 über den neuen Gerichtshof für Menschenrechte.